

«progresuisse» will in dieser kritischen Phase eine substanzielle und konstruktive Debatte über die Tragweite des Rahmenabkommens und die Zukunft der europäischen Partnerschaft anregen. Unsere Grundüberzeugung: Zur Wahrung der Interessen der Schweiz in Europa ist der bilaterale Weg der goldene Mittelweg, den es zu festigen und weiterzuentwickeln gilt. Denn kein Rahmenvertrag ist für die Schweiz keine Option.

Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik setzen sich mit «progresuisse» zugunsten der gesamten Gesellschaft für einen mehrheitsfähigen Rahmenvertrag und eine starke und konstruktive Beziehung mit der EU ein.

- «progresuisse» will eine progressive Schweiz in der insbesondere unsere junge Generation ihre erfolgreiche Zukunft gestalten kann.
- «progresuisse» will den konstruktiven Kräfte, die für stabile und dauerhafte Beziehungen zur EU stehen, eine Stimme geben und als konstruktiver Akteur einen Beitrag in Bezug auf das Rahmenabkommen leisten.
- «progresuisse» will eine substanzielle und offene Debatte über die Tragweite des Rahmenabkommens und die Zukunft der europäischen Partnerschaft schaffen und sich daran konstruktiv und progressiv beteiligen.
- «progresuisse» verlangt Klärungen des Rahmenabkommens – doch kein Rahmenvertrag ist für die Schweiz keine Option.
- «progresuisse» setzt sich für die internationale Vernetzung und insbesondere die europäische Zusammenarbeit in Bildung, Forschung und Lehre ein.
- Wir brauchen ein klares Bekenntnis des Bundesrates zu einem Rahmenabkommen, mit Klärung seiner Tragweite, damit sich «progresuisse» hinter den Bundesrat stellen kann.

Spätestens im Januar 2019, als der Bundesrat erstmalig in dieser Art eine Konsultation zum Rahmenabkommen (InstA) breit lanciert hat, wurde der Boden gelegt für eine wenig konstruktive Debatte. Das Resultat: neue Player aus der Wirtschaft, welche sich mit der kompletten Deutungshoheit zu vehementen Gegnern eines Rahmenvertrages aufschaukeln und zu gewichtigen und fundamentalen Gegnern werden.

Es gibt sehr wohl Kritikpunkte am Rahmenabkommen. Es stört aber, wenn pauschal gegen das InstA geschossen wird, ohne Vorschläge zu präsentieren, wie sich das Ver-

hältnis zur EU für beide Seiten zufriedenstellend ausgestalten liesse.

Wirtschaft und Bevölkerung sind sich seit vielen Jahren einig: Die Schweiz sucht weder den EU-Beitritt noch die Abschottung von der EU. Vielmehr ist der bilaterale Weg ein bewährter und guter Kompromiss, den es zukunftsfähig abzusichern gilt. Mit dem Rahmenvertrag soll die Schweiz ein gewichtiger, einflussreicher und berechenbarer Gast sein und die bilateralen Verträge werden damit zukunfts- und ausbaufähig gemacht werden. Mit dem Rahmenvertrag soll sie zudem ein Anhörungs- und Mitwirkungsrecht erhalten.

Aus Rahmenvertrags-Bashing eine substanzielle Debatte machen

Die Diskussion um das Rahmenabkommen ist viel zu wichtig, als dass sie jetzt im Keim erstickt wird. Für die Zukunft der Schweiz steht viel auf dem Spiel. «progresuisse» ist ein progressive Stimme für die bilateralen und das Rahmenabkommen und will einen Beitrag für einen konstruktiven Dialog über die Europapolitik ermöglichen. Wir müssen die Grundsatzdebatte führen: Gehen wir den progressiven Weg und sagen Ja zur institutionellen Zusammenarbeit mit der EU? Oder riskieren wir das konservative Experiment, sagen Nein und setzen die Bilateralen aufs Spiel?

Für einen optimierten Rahmenvertrag einstehen

Der Bundesrat hat die Knackpunkte erkannt. Jetzt braucht es eine Klärung der Tragweite des Vertrages. Damit soll der Rahmenvertrag innenpolitisch mehrheitsfähig gemacht werden. Bedenken bezüglich Souveränität sind ernst zu nehmen, eine klare Einhegung ist notwendig. Dann sind auch die dynamische Rechtsübernahme und die Streitschlichtung vertretbar. Die Schweiz ist nicht EU-Mitglied, will sich aber auch nicht von der EU abschotten. Das Verhältnis zur EU muss (beispielsweise mit einem Stromabkommen) weiterentwickelt werden können.

Die Wissenschaft nachhaltig stärken

Die Wissenschaft muss international und vor allem europäisch vernetzt bleiben. Für die Wissenschaft und die Forschung sind funktionierende und dynamische Beziehungen mit der EU zentral. Ein Scheitern der InstA-Verhandlungen nähme der Wissenschaft und den Studierenden zahlreiche Perspektiven. Die gegenwärtigen Unsicherheiten in den Beziehungen zur EU schaden langfristig Forschung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Nicht gegen, sondern *mit* unserem wichtigsten Partner – zum Wohle aller

«progresuisse» ist überzeugt, dass es sehr schädlich ist, das Rahmenabkommen jetzt zu zerreden. Seit 2008 machen die EU-Staaten wiederholt klar, dass sie für die sektorielle Teilnahme der Schweiz am europäischen Binnenmarkt keine Zukunft sehen, solange die institutionellen Fragen nicht gelöst seien. Naiv also, wer heute noch glaubt, dass der Status Quo erhalten werden kann. Es ist wirtschaftspolitisch auch suboptimal, dem Bundesrat zum jetzigen Zeitpunkt, wo die Verhandlungen wieder in Gang kommen, das Vertrauen zu entziehen. Ein Rahmen um die Bilateralen, ein Abkommen mit unserem mit Abstand wichtigsten Partner ist in unserem ureigenen Interesse.